

## **Zur aktuellen Lage im Nahen Osten nach dem Libanon-Krieg**

**von Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund-Referent für Friedensfragen, Stand Ende Juli 2006**

Meine Erfahrungen in Israel und Palästina, auch in Iran, Syrien und im Libanon, liegen noch nicht so lange zurück - die Bilder meiner Besuche in den letzten Jahren im Rahmen internationaler Friedensdelegationen sind mir hellwach in Erinnerung. Meine Gedanken gehen immer wieder zu Menschen, die beim Schreiben dieser Zeilen unter Bomben- und Raketenhageln stehen - auf beiden Seiten des Konfliktes.

Im Oktober 2004 staunte ich über das aus Ruinen wieder aufgebaute Beirut, das in einzelnen Stadtteilen noch die Narben des Bürgerkrieges von 1975 bis 1990 trug. Möglich geworden war dieser Wiederaufbau durch den in Saudiarabien zum Dollarmilliardär gewordenen Staatschef Rafik Hariri, der 2005 ermordet wurde. Ein riesiger Schuttberg nahe des Hafens war aus den Aufräumarbeiten der völlig zerstörten libanesischen Hauptstadt entstanden - er dürfte bald noch größer werden.

In der deutschsprachigen evangelischen Kirchengemeinde in Beirut berichtete uns das Ehepaar Weltzien, wie in Gesprächskreisen zuweilen Frauen zusammen sitzen, deren Männer und Väter im Bürgerkrieg gegeneinander gekämpft hatten. Zarte Pflänzchen der Aussöhnung, die nun wieder zertrampelt werden. Der Kontrast zwischen den Luxusappartements an der Küstenstraße Beiruts und dem nur wenige Geh-Minuten entfernten palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila kam mir vor wie der direkte Zusammenprall zwischen erster und dritter Welt. Das Massaker von 1982 an mehreren hundert Palästinensern, verübt von christlichen Milizen unter den Augen des immer noch im Koma liegenden damaligen Verteidigungsministers Ariel Scharon, war in Gesprächen im Lager in traumatischer Erinnerung. Von rund 400 000 palästinensischen Flüchtlingen im Libanon lebt noch immer die Hälfte in Flüchtlingslagern unter elendigsten Bedingungen. Als Staatenlose dürfen sie nicht reisen, erhalten keine Arbeitserlaubnis, dürfen kein Eigentum erwerben, sind von Wahlen ausgeschlossen - und fühlen sich seit 1948 als "aliens", die auf die Erde geworfen wurden.

Die Fahrt in die südlibanesischen Sicherheitszone war beklemmend - überall zeugten Spuren des Krieges von heftigen Kämpfen. In den Straßen dominierten Plakate der Hisbollah, Porträts des ermordeten Hamas-Führers Yassin und von Selbstmordattentätern, die mit Sprengstoff beladene PKW in israelische Besatzungsposten gefahren hatten.

Unmittelbar an der Grenze zwischen Israel und Libanon warf ein Libanese eine Ratte, die er zuvor erschlagen hatte, über den Grenzzaun auf die israelische Seite. UN-Soldaten versicherten uns, die Lage sei ruhig, lediglich um die nahe gelegenen Sheba-Farmen gebe es noch hin und wieder Scharmützel. Deren israelische Besetzung lieferte der Hisbollah ihre letzte militärische Existenzberechtigung. Von der Grenze aus erscheint der Libanon und Israel als zwei total gegensätzliche Landschaften: Steine, Staub und Armut auf libanesischer, grüne Wälder, Gärten und schmucke Häuser mit roten Ziegeldächern auf israelischer Seite.

Ich besuchte auch das Internierungslager El Kham, das mit Wissen der israelischen Regierung von der südlibanesischen Armee bis zum Jahre 2000 als Folter-Gefängnis betrieben wurde, um von Palästinensern und Mitgliedern der Hisbollah Informationen zu erpressen. Als die israelischen Soldaten und die von Israel bezahlte Südlibanesischen Armee im Jahre 2000 wegen ihres hohen Blutzolles das Land verließen, hatten sie die letzten Gefangenen in ihren Kerkern eingesperrt gelassen - sie wurden schließlich von Bewohnern umliegender Dörfer befreit. Viele Menschen im Libanon hofften, dass "die Ereignisse" von 1975 bis 1990 - das Wort "Bürgerkrieg" ist im Libanon ein Tabu - niemals wiederkehren würden.

Und jetzt? Die Retraumatisierungen der letzten Wochen werden noch Jahrzehnte ihre Spuren in den Seelen der Menschen im Libanon hinterlassen, wenn der Schutt aus den Straßen längst weggeräumt sein wird - ähnlich wie im israelischen Grenzgebiet, in Haifa oder in Gaza.

Dass die Militäraktionen im Gazastreifen und im Libanon gestartet wurden, um die gefangen genommenen israelischen Soldaten zu befreien, entbehrt als Argumentation vieler Grundlagen. Bei beiden Invasionen handelt es sich um lange vorbereitete Aktionen, die auch ohne diese "Auslöser" gestartet worden wären. Die Wahl der Hamas und der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium waren für die israelische Regierung wohl Gründe genug für den Krieg.

Erschwerend kam hinzu, dass das Militär in Israel die beiden als militärisch unerfahren geltenden Politiker Olmert und Peretz, derzeit Verteidigungsminister, mehr oder weniger entmachtete - und nach den demütigenden Soldaten-Entführungen die Generäle nun selbst das Heft in die Hand genommen haben. Als starker Mann gilt nun der israelische Generalstabschef Dan Halutz, der erklärte: "Wir können die Zeit um zwanzig Jahre zurückdrehen." Als bei der Ermordung des Hamas-Führers Salah Schahade durch eine 1000 Kilobombe im Jahre 2002 auch 14 palästinensische Zivilisten, darunter 11 Kinder, getötet wurden, erklärte Halutz: "er fühle sich nach dem Angriff "ausgezeichnet" und könne "ohne Probleme schlafen". Auf die Frage, was er fühle, wenn er einen tonnenschweren Sprengsatz über bewohntem Gebiet abwerfe, antwortete er der Zeitung Haaretz: "Einen kleinen Ruck, als Ergebnis der Loslösung der Bombe, sonst fühlt man nichts" (alle Zitat nach Südd. Zeitung, 15./16.7.06).

Es scheint diese Gefühllosigkeit auf beiden Seiten zu sein, die die Hamas-Kämpfer weiter Raketen auf israelische Dörfer und Städte schießen lässt und dabei willkürlich den Tod israelischer Zivilisten in Kauf nimmt und die israelische Luftwaffe sogar völkerrechtlich verbotene Waffen wie Phosphorbomben einsetzen lässt. Auf seiner 9-stufigen Konflikt-Eskalationsleiter bezeichnet der Friedensforscher Friedrich Glasl die letzte Stufe als "Gemeinsam in den Abgrund - kein Weg mehr zurück - totale Konfrontation - Vernichtung zum Preis der Selbstvernichtung". Im Nahost-Konflikt scheinen beide Seiten derzeit nicht mehr weit davon entfernt zu sein. Warum lassen die UN, die EU oder die US-Regierung, die starken Einfluss vor allem auf Israel haben, der Katastrophe ihren Lauf?

### **Was ist jetzt zu tun?**

Der israelische Schriftsteller Amos Oz stellte einmal die rhetorische Frage, was ein gewöhnlicher Mensch tun könne, der vor einer gewaltigen Feuerkatastrophe steht - und gab selbst die Antwort: Dieser Mensch könne jammern, klagen, wegschauen, die Schuld auf andere schieben - oder auch den Teelöffel Wasser, den er in der Hand hält, immer wieder mit Wasser füllen und gegen die Flammen werfen. Dass der Nahe Osten "brennt" und die Gefahr eines "Fächenbrandes" in der ganzen Region droht, bezweifelt derzeit kaum jemand, der die Ereignisse verfolgt. Doch wo bleiben die "Feuerlöscher" - und seien es auch "nur" solche, die ihren "Teelöffel" einsetzen? Es gibt sie - auch in den Reihen der offiziellen Kirchen.

Am 13. Juli 2006 bezogen in einer gemeinsamen Erklärung mehrere Vertreter der Kirchen in Jerusalem, darunter auch der Lateinische Patriarch Erzbischof Michel Sabbah, der auch weltweiter Präsident der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi ist, zur dramatischen Zuspitzung der Lage in Israel/Palästina Stellung. Sie erteilten jeglicher Gewalt eine klare Absage und unterstrichen, dass sie den Kampf gegen den Terrorismus voll unterstützen. Ebenso vehement erinnern sie allerdings daran, "dass dieser Kampf mit der Beseitigung der Wurzel aller Gewalt beginnen muss, mit der Beseitigung der Unfreiheit der Palästinenser". Das Leben des Menschen und seine Würde gelte es zu achten, forderten neben den bereits genannten Hirten auch Vertreter der koptisch-orthodoxen Kirche, der syrisch-orthodoxen Kirche, der griechisch-katholischen Kirche und der armenisch-apostolischen Kirche. Während sie die Verantwortlichen dazu aufriefen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, appellierten sie an die internationale Gemeinschaft, aktiv einzugreifen und

eine diplomatische Lösung herbeizuführen. Die Reaktion der israelischen Führung auf die Entführung eines israelischen Soldaten sowie die Ermordung eines israelischen Zivilisten, die die Kirchenvertreter ebenfalls verurteilten, wurde als "überproportional und unberechtigt" kritisiert. Die gemeinsame Erklärung wurde noch vor dem Einmarsch der israelischen Bodentruppen in den Libanon veröffentlicht.

In Rom gab Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano einen Tag später, am 14. Juli 2006, gegenüber "Radio Vatikan" folgende Erklärung ab: "Die Nachrichten aus dem Nahen Osten sind in der Tat besorgniserregend. Der Heilige Vater Benedikt XVI. und alle seine Mitarbeiter verfolgen mit besonderer Aufmerksamkeit die letzten dramatischen Entwicklungen. Sie drohen, in einen Konflikt auszuarten, der internationale Auswirkungen hat. Wie bereits in der Vergangenheit verurteilt der Heilige Stuhl sowohl die Terrorakte der einen als auch die militärischen Vergeltungsmaßnahmen der anderen Seite. Das Recht auf Verteidigung seitens eines Staates befreit in der Tat nicht vor der Achtung der Bestimmungen des internationalen Rechts, vor allem was den Schutz der Zivilbevölkerung betrifft. Der Heilige Stuhl beklagt jetzt insbesondere den Angriff auf den Libanon, eine freie und souveräne Nation, und er versichert der dortigen Bevölkerung, die bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit schon so sehr leiden musste, seine Nähe. Einmal mehr scheint es klar zu sein, dass der einzige, unserer Zivilisation würdige Weg jener des aufrichtigen Dialogs zwischen den involvierten Parteien ist."

In Deutschland kritisierte am 15. Juli 2006 der SPD-Fraktionsvize Walter Kolbow das Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen als völkerrechtswidrige Handlung. Er betonte, dass Entführte grundsätzlich mit militärischen Mitteln befreit werden können, "aber wenn das zu solchen Schäden für die Zivilbevölkerung führt und Infrastruktur trifft, die militärisch gar nicht relevant ist, das ist völkerrechtlich nicht nur problematisch, sondern völkerrechtswidrig. Was hat ein Außenministerium in Gaza oder ein Elektrizitätswerk mit dem Abschneiden von Nachschubwegen zu tun?" gab Kolbow zu bedenken. Kolbow sprach sich insbesondere für "erhöhte Anstrengungen" aus, um die Situation der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu lindern. "Die Lage war auch vor den Militäraktionen schlecht. Nun sind für die 1,3 Millionen Palästinenser die Bedingungen noch komplizierter geworden". Die von der EU zur Verfügung gestellten Hilfsgelder müssten zügig den Bedürftigen zugute kommen. Es müsse ein "Umsetzungsplan her, um die Verteilung so zu regeln, dass die Hilfe auch ankommt". Wichtig sei, die Grenzübergänge für solche Lieferungen zu öffnen. Um "die Kriegsgefahr einzudämmen, muss die Politik aus der Sackgasse heraus, in die sie geraten ist", so Kolbow. Nur durch einen bilateralen Verzicht auf Gewalt sei der Konflikt zu lösen, zudem müssten den ersten Schritt beide Seiten gemeinsam gehen, indem sie einen Waffenstillstand akzeptieren: Jedoch seien "Vorbedingungen für einen Waffenstillstand unverträglich, denn so kommt er nicht zustande", appellierte Kolbow an beide Parteien. Insbesondere sprach sich der SPD-Fraktionsvize für ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft, wie auch des Nahost-Quartetts aus: "Das Nahost-Quartett muss wieder eine aktivere Rolle spielen" so Kolbow der frisch von einer viertägigen Reise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete zurückgekehrt war. Das Nahostquartett - bestehend aus den USA, der EU, den UN und Russland - gab sich dissonant: Die USA beschuldigten wie gewohnt einseitig die Hizbollah und die palästinensische Seite, Russland kritisierte hauptsächlich die israelischen Gewaltexzesse.

Von der Bundesregierung wäre nun zu fordern, dass sie nicht zur militärischen Aufrüstung dieses Spannungsgebiets beiträgt, indem sie Waffen nach Israel liefert, während sie auf der anderen Seite von einem demilitarisierten Palästinenserstaat ausgeht. Die vor kurzem angekündigte Lieferung des gepanzerten Dingo-Truppentransportfahrzeuges nach Israel und die Lieferung von U-Booten, die in Israel atomwaffentauglich umgebaut werden, gießen Öl ins Feuer des brennenden Nahost-Konfliktes. Es wäre ein Sieg der Vernunft, beides noch zu verhindern.

Von dem, was vor dem UN-Teilungsbeschluss 1947 einmal 100 Prozent Palästina war, bleibt den Palästinensern derzeit durch den Mauer-, Grenzzaun- und Siedlungsbau noch rund 10 Prozent - verschärft durch die Perspektivlosigkeit von rund vier Millionen palästinensischen

Flüchtlingen. Der Historiker Yair Bäuml, Bürgermeister des Kibbuzes Saar an der Grenze zum Libanon, der von der Hisbollah mit Raketen beschossen wurde, antwortete auf die Frage "Wie fällt Ihre Analyse des Zwei-Fronten-Konfliktes aus?" folgendermaßen: "Der Hauptkonflikt ist, dass Israel palästinensische Gebiete besetzt hält" (Südd. Zeitung, 17.7.2006).

### **Zurück zur "Genfer Initiative"**

Der bisher wichtigste Versuch, den Konflikt dauerhaft zu lösen, war die am 1. Dezember 2003 von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten unterzeichnete "Genfer Initiative". Mehr als zwei Jahre hatte es gedauert, bis ein Entwurf vorgelegt werden konnte, der dem Frieden zwischen beiden Völkern den Weg ebnet soll.

In der Präambel dieses Vertragswerkes heißt es: "In erneuter Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts zu beenden und auf der Basis eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens in friedlicher Koexistenz, gegenseitiger Würde und Sicherheit zu leben und eine historische Versöhnung zu erreichen: In Anerkennung der Tatsache, dass Frieden den Übergang von der Logik des Krieges und der Konfrontation zur Logik des Friedens und der Kooperation erfordert, und dass Handlungen und Worte, die für den Kriegszustand charakteristisch sind, in einer Epoche des Friedens weder angebracht noch akzeptabel sind; in Bekräftigung ihrer tiefen Überzeugung, dass die Logik des Friedens Kompromisse erfordert, und dass die einzige lebensfähige Lösung eine Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der UN-Resolutionen 242 und 338 ist; in Bekräftigung der Tatsache, dass dieses Abkommen die Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit markiert, unbeschadet der gleichen Rechte der Staatsangehörigen beider Parteien; in Anerkennung der Tatsache, dass nach jahrelangem Leben in beiderseitiger Angst und Unsicherheit beide Völker eine Epoche des Friedens, der Sicherheit und Stabilität brauchen und die Parteien folglich alle erforderlichen Handlungen setzen müssen, um die Verwirklichung dieser Epoche zu gewährleisten; in gegenseitiger Anerkennung des Rechts auf friedliche und sichere Existenz in sicheren und anerkannten Grenzen, frei von Bedrohungen oder Gewaltakten; entschlossen, Beziehungen aufzunehmen auf der Basis von Kooperation und der Verpflichtung, Seite an Seite in guter Nachbarschaft zu leben, mit dem Ziel, sowohl jeder für sich als auch gemeinsam zum Wohlergehen ihrer Völker beizutragen; in erneuter Bekräftigung ihrer Verpflichtung, sich in Einklang mit den Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen zu verhalten; (...) sind wie folgt übereingekommen." Es folgen - zum ersten Mal überhaupt - realistische dauerhafte Regelungen, die alle strittigen Fragen des Nahostkonfliktes lösen könnten.

Auf die Frage, warum Ariel Scharon sich zum Gaza-Rückzug entschlossen hatte, antwortete er im April 2004 in einem Interview der New York Times, dass der Grund dafür in der breiten Unterstützung liege, welche die Genfer Initiative erhalte, so dass er das Gefühl gehabt habe, einen eigenen Plan vorzulegen.

Wenn der derzeitige Konflikt nicht weiter eskalieren und auf Syrien und Iran sich ausweiten soll, tun nach einem zunächst notwendigen Waffenstillstand - womöglich verbunden mit der Stationierung von neutralen UN-Blauhelmen - alle Seiten gut daran, sich noch einmal daran zu erinnern, was bereits in der Genfer Initiative erreicht worden war - so schwer und unerreichbar der Weg dahin zurück derzeit auch erscheinen mag.

Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund - Deutscher Zweig

A.-v.-Humboldt-Weg 8a  
85354 Freising

Tel.: 08161 54 70 15  
Fax: 08161 54 70 16